

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | September 2017 | Nummer 3



Gewaltsam Verschwundene in Sri Lanka

Tamilische Frauen protestieren im Namen der gewaltsam Verschwundenen

Die Entführung von Regierungskritikern hat in Sri Lanka eine lange «Tradition». Während und nach dem Bürgerkrieg verschwanden Zehntausende Personen. Die meisten ergaben sich Ende des Bürgerkriegs dem sri-lankischen Militär. Seit Kriegsende ist das Schicksal von 146 679 Personen ungeklärt. Bis heute hat die sri-lankische Regierung keinen Fall vollständig aufgeklärt – trotz diversen Versprechungen an die internationale Gemeinschaft. Seit Frühling haben an mehreren Orten im Nordosten Sri Lankas Frauen begonnen, auf der Strasse zu protestieren. Dies nun schon seit über 200 Tagen.

Eine der protestierenden Frauen ist die Tamilin Amalie Kandiyar aus Vavuniya im Norden der Insel

(Name geändert). Sie vermisst ihre Tochter seit Ende des Bürgerkrieges: Sie sah sie das letzte Mal am 4. März 2009. Kurz davor war ihre andere Tochter während eines Luftangriffes des sri-lankischen Militärs gestorben. Amalie Kandiyar und ihre Tochter waren, wie Tausende Andere, zu Fuss unterwegs von der Kriegszone in Mullivaikkal im Norden Sri Lankas nach Matala in der Zentralprovinz. Auf dem Weg wurden jedoch Hunderte Kinder von unbekanntem, uniformierten Personen in Lastwagen gesteckt, um sie wegzubringen. «Auch meine Tochter wurde gezwungen, einen Lastwagen zu besteigen», erzählt Amalie Kandiyar. «Ich nahm meinen gesamten Mut zusammen und stieg mit einer weiteren Frau in den Lastwagen, in welchem sich meine Tochter befand. Doch

GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER

wir wurden kurz darauf in einer abgeschiedenen Region aus dem Lastwagen gestossen. Seither vermisse ich meine Tochter jeden Tag.»

«Meine Tochter lebt noch»

Amalie Kandiyar wurde später in ein Binnenflüchtlingslager gebracht, wo sie ein Jahr verbringen musste, bevor sie in ihr Haus zurückkehren konnte. Sie reichte Beschwerde wegen des Verschwindes ihrer Tochter beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der nationalen Menschenrechtskommission ein. Antworten hat sie aber keine bekommen. «Ich bin überzeugt, dass meine Tochter noch am Leben ist», sagt die 44-jährige Tamilin. Sie entdeckte kurz vor der Präsidentschaftswahl im Januar 2015 ihre Tochter auf einem Foto, welches auf Propagandamaterial für den jetzigen Präsidenten abgedruckt war. Amalies Tochter steht auf dem Bild direkt neben Präsident Maithripala Sirisena. Amalie Kandiyar machte diverse Personen, darunter auch Regierungsmitglieder darauf aufmerksam – ohne Erfolg. Im August 2015 traf Amalie Kandiyar Präsident Sirisena in Jaffna, wo sie ihn nach ihrer Tochter fragte und er versprach, sich der Sache anzunehmen. Passiert ist jedoch nichts. Es ist auch weiterhin unklar, wo das Foto aufgenommen wurde. Kandiyar meint, es sei eine singhalesische Schule im Süden des Landes, wo Kinder aus dem Kriegsgebiet hingebacht wurden.

Hungerstreik für die Vermissten

Aus grosser Enttäuschung über die Untätigkeit der Regierung begann Amalie Kandiyar am 23. Januar 2017 mit acht weiteren Tamilinnen einen Hungerstreik, um endlich Antworten über den Verbleib ihrer gewaltsam verschwundenen Verwandten zu bekommen. Eine Frau bekam nach drei Tagen schon grosse gesundheitliche Probleme. Nachdem den Protestierenden ein Treffen mit hochrangigen Regierungsmitgliedern versprochen wurde, brachen sie den Hungerstreik nach vier Tagen ab. Das anschließende Treffen mit der Regierung brachte jedoch keine Resultate. Die Frauen fühlen sich von der Regierung hinters Licht geführt. Nicht nur in Vavuniya, auch in anderen vorwiegend von Tamilinnen und Tamilen bewohnten Orten gibt es Hunderte von Familien, welche ein Familienmitglied vermissen. Daher beschloss am 20. Februar 2017 eine Gruppe von tamilischen Frauen in Killinochchi, einen anhaltenden Protest zu starten, bis ihre Forderungen erfüllt würden.

Die Proteste dauern an

In Killinochchi sind am Protest insgesamt über 1200 Personen beteiligt, 50 bis 200 sind täglich auf dem Protestgelände, 20 bis 25 schlafen jeweils auch dort. Das Gelände steht auf dem Land eines Hindu-Tempels und die Protestierenden werden auch von den lokalen Geschäften unterstützt. Wenige Tage später hat



Hat ihre Tochter seit acht Jahren nicht mehr gesehen: Amalie Kandiyar kämpft darum, die Wahrheit zu erfahren.

man auch in Vavuniya den Protest wieder aufgenommen, jedoch verzichtet man bisher auf einen Hungerstreik. Doch auch hier schlafen die Frauen auf dem Protestgelände. Mit den Protesten in Vavuniya und Killinochchi haben auch Frauen in anderen Gebieten den Mut bekommen, sich gegen die Ungerechtigkeiten zu wehren. Dies führte dazu, dass am 8. März sowohl in Mullaithivu, im Norden des Landes, als auch Trincomalee, im Osten, weitere Proteste gestartet wurden. Alle haben ein gemeinsames Ziel: Antworten über den Verbleib ihrer Angehörigen zu erhalten.

Überwachung durch Sicherheitskräfte

Inspiziert von den verschiedenen Protesten haben am 15. März auch tamilische Frauen in Maruthankerny auf der Jaffna-Halbinsel begonnen, auf der Strasse für Gerechtigkeit zu demonstrieren. Am ersten Tag des Protests haben 23 Sicherheitsleute die vier Frauen, welche die Aktion lanciert haben, überwacht, eingeschüchtert und sie fotografiert. Die mutigen Frauen liessen sich jedoch nicht davon beirren und machten weiter. Alle Proteste werden eng von Sicherheitskräften überwacht. Bisher hielten sich diese jedoch, mit wenigen Ausnahmen, zurück und liessen die Protestierenden gewähren.

Text: Yves Bowie, GfbV-Kampagnenleiter Sri Lanka



Editorial

«Ich bin überzeugt, dass meine Tochter noch am Leben ist»: Diese Worte sagte mir Amalie Kandiyar (Name geändert), als ich sie im April im Norden Sri Lankas traf. Amalies Tochter verschwand Ende des Krieges, als sie zusammen mit ihrer Mutter zu Fuss flüchtete: Sie wurde der Mutter entrissen und mit Hunderten anderen Kindern in einem Lastwagen wegegebracht. Vor zwei Jahren hat die 44-jährige Tamilin ihre Tochter auf einem Foto neben dem sri-lankischen Präsidenten Maithripala Sirisena entdeckt. Um sie endlich wieder in die Arme schliessen zu können, protestiert sie seit Februar kontinuierlich Tag und Nacht auf der Strasse in Vavuniya. In vier weiteren Ortschaften finden ebenfalls anhaltende Proteste statt: Vorwiegend Frauengruppen fordern endlich Antworten über den Verbleib ihrer Verwandten. Am Internationalen Tag der Verschwundenen, dem 30. August, solidarisierten sich in der Schweiz etwa 100 Menschen mit den Protesten in Sri Lanka und versammelten sich auf dem Berner Casinoplatz, um auf das Schicksal der unzähligen gewaltsam Verschwundenen in Sri Lanka aufmerksam zu machen.

Im Juli hat sich die GfbV für die Rechte von Indigenen in Südamerika stark gemacht. So lud sie Indigenen-Delegationen aus Peru und Brasilien nach Genf an die Session des Uno-Expertenmechanismus für Indigenenrechte ein. Die Vertreter aus Peru machte dabei auf die Menschenrechtsprobleme im Naturschutzpark Manu aufmerksam (siehe Artikel auf Seite 6). Der brasilianische Häuptling Davi Kopenava Yanomami ging auf die Situation der Indigenen im brasilianischen Amazonasgebiet ein und nimmt auf der letzten Seite dieser Ausgabe im Interview Stellung.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Yves Bowie

Yves Bowie, Kampagnenleiter Sri Lanka

P.S. Besuchen Sie unsere neue Webseite - ein grosser Dank unserer Agentur Faktor Vier - mit vielen eindrucklichen Geschichten und unterzeichnen Sie die Petition zu den Verschwundenen in Sri Lanka!



SOLIDARITÄTSKUNDGEBUNG AUF DEM CASINOPLATZ, BERN

Am 30. August, dem Internationalen Tag der Verschwundenen, organisierte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) eine Solidaritätskundgebung für die tamilischen Protestierenden in Sri Lanka. Es fanden sich ungefähr 100 Personen, vorwiegend Tamilinnen und Tamilen, auf den Casinoplatz in Bern ein. Mit Reden und einem kleinen Theaterspiel machten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf die Problematik von gewaltsam Verschwundenen in Sri Lanka aufmerksam, wobei auch Betroffene auf eindruckliche Weise ihre Geschichten erzählten.



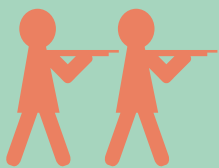
Foto: © Daniel Rihs

Zur GfbV-Petition: www.gfbv.ch/verschwundene

IMPRESSUM

VOICE 3-2017, Sept. 2017 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Redaktion:** Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Christoph Wiedmer, Dominique Schärer, Julia Büsser, Tabea Willi, Vanessa Salamanca, Yves Bowie **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.-/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.-/Jahr **Titelbildfoto:** Yves Bowie, Gfbv

Gewaltsam Verschwundene



HINTERGRUND

Sri Lanka hat weltweit eine der höchsten Anzahl von Fällen gewaltsam Verschwundener. Sowohl während der marxistischen Aufstände in den 60er und 80er Jahren als auch vor und nach dem Ende des Bürgerkrieges 2009 sind Zehntausende Personen gewaltsam verschwunden. Viele davon sind Tamilinnen und Tamilen, welche sich dem sri-lankischen Militär ergeben haben. Bis heute wurde kaum ein Fall aufgeklärt.

Im August 2016 wurde vom Parlament die Einführung eines **«Office for Missing Persons»** (OMP) beschlossen – es ist aber bis jetzt nicht in Betrieb. Aussagen von Premierminister Ranil Wickremesinghe, dass die gewaltsam Verschwundenen entweder **«im Ausland oder tot»** seien, deuten darauf hin, dass die Regierung kein Interesse daran hat, die Fälle aufzuklären.



ZAHLEN UND FAKTEN

Schicksal von **146'679** Personen ungeklärt seit Kriegsende

100'000 Gewaltsam Verschwundene seit 1980 (Schätzung Amnesty International)

65'000 Beschwerden beim «Office for National Unity and Reconciliation» seit 1994

16'000 Beschwerden beim Internationalen Komitee des Roten Kreuzes

24'000 Beschwerden bei «Paranagama Kommission»

Sri Lanka!



PROTESTE

Anhaltende Proteste, meist von tamilischen Frauen geführt, schlafen auf dem Protestgelände (ausser in Marunthankerny)

KILLINOCHCHI 20. Februar

VAVUNIYA 24. Februar

MULLAITHIVU 8. März

TRINCOMALEE 8. März

MARUTHANKERNY 15. März

(kein Schlafen auf dem Protestgelände)



FORDERUNGEN

Fünf der wichtigsten Forderungen der protestierenden tamilischen Frauen:

- 1** Offenlegung der Liste aller Ergebenen und Verhafteten bei Kriegsende.
- 2** Offenlegung der Liste aller Insassinnen und Insassen von geheimen Haftanstalten und die Erlaubnis, diese Haftanstalten zu besuchen.
- 3** Offenlegung der Liste aller Inhaftierten unter dem Terrorismuspräventionsgesetz sowie aller unrechtmässig Inhaftierten.
- 4** Die Zusammensetzung des OMPs muss in Konsultation mit den Betroffenen erfolgen. Dem OMP sollen sowohl unabhängige, internationale Expertinnen und Experten als auch Vertreter und Vertreterinnen von Familien gewaltsam Verschwundener angehören.
- 5** Das OMP muss zwingend in den Regionen vertreten sein, in denen Fälle von gewaltsam Verschwundenen aufgetreten sind.
- 6** Das OMP muss Teil der Strafverfolgung der Täterinnen und Täter sein.



Wenn Naturschutz Indigenenrechte bedroht



Foto: ©Thomas J. Müller/El Taller.pe

Die Indigenen im peruanischen Manu-Park schützen den Amazonas seit Jahrhunderten. Nun möchten sie die Verantwortung für den Park gemeinsam mit der Regierung tragen.

Gemeinsam mit ihrer peruanischen Partnerorganisation FENAMAD machte die GfbV diesen Sommer bei der UNO in Genf auf die Menschenrechtsprobleme aufmerksam, die den Indigenen im Naturschutzpark Manu in der Amazonas-Region Madre de Dios das Leben erschweren.

Mitte Juli verwandelte sich der Palais des Nations in einen ungewohnt farbenfrohen Ort: Hunderte Vertreter von indigenen Völkern aus aller Welt fanden sich in Genf ein anlässlich des Expertenmechanismus für Indigenenrechte (EMRIP). Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) war vertreten, zusammen mit ihrer peruanischen Partnerorganisation FENAMAD (Federación Nativa del Río Madre de Dios y Afluentes) aus der südöstlichen Region Madre de Dios inmitten des Amazonas.

Im Herzen dieser Region liegt der weltbekannte Nationalpark Manú. Der 1973 gegründete Parque Nacional del Manú wird als einer der Orte mit der höchsten Biodiversität der Welt betrachtet und wurde 1987 zum UNESCO-Weltnaturerbe erklärt. Der Zugang zum Park ist streng eingeschränkt und überwacht. Dies bietet Schutz vor Wilderern, Rodung, Rohstoffförderung und Umweltverschmutzung und leistet einen

wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Biodiversität. Die strikten Regeln erschweren jedoch die Lebensbedingungen und die Entwicklung jener indigenen Völker, die das Gebiet ihr Zuhause nennen und von der Subsistenzwirtschaft leben.

Delegation aus Peru in Genf

«Seit Jahrhunderten bewohnen und schützen wir den Amazonas», sagte Julio Cusurichi, Präsident der Indigenen-Organisation FENAMAD, an einem Side Event während des EMRIP in Genf. «Wir sind nicht gegen Umweltschutz – aber wir möchten die Verantwortung für den Manu-Park gemeinsam mit der Regierung tragen.» Denn bei der Gründung des Parks wurden die vier Matsigenka-Gemeinden nicht einbezogen und deren Bedürfnisse kaum berücksichtigt – mit negativen Folgen für die rund Tausend Einwohnerinnen und Einwohner des Parks. «Bei der Jagd dürfen wir nur traditionelle Methoden wie Pfeil und Bogen verwenden und können uns nicht weiterentwickeln», kritisierte Mauro Metaki, Präsident einer der Gemeinden im Parkinnern, vor interessierten Uno-Fachleuten. «Weil uns der Handel ausserhalb des Parks verwehrt ist, haben wir ein ernsthaftes Ernährungsproblem.» Metaki, dessen Gemeinde nur in dreitä-

giger Bootsreise erreicht werden kann, verwies auch auf die prekäre Gesundheitsversorgung sowie auf das fehlende Recht auf Bildung: Diese ist durch eine Vereinbarung zwischen Kirche und Staat geregelt und beinhaltet die Evangelisierung der Indigenen.

Gespräche mit WWF und IUCN

Die Bewohner des Parks fühlen sich hintergangen von der lokalen Regierung und der Parkadministration und fordern die Einhaltung der ILO-Konvention 169, die den Einbezug, die Mitbestimmung und das Einverständnis der betroffenen indigenen Bevölkerung bei Wirtschafts- und Umweltschutzprojekten vorschreibt. Bei Treffen mit den Umweltschutzorganisationen IUCN (International Union for Conservation of Nature) und WWF, mit Vertretern der peruanischen Mission an der Uno und mehreren Sonderbeauftragten, hatte die peruanische Delegation mit Unterstützung der GfbV Gelegenheit, auf die Missstände aufmerksam zu machen. Dabei stiessen sie auf offene Ohren und konnten wertvolle Kontakte knüpfen.

Für Julio Cusurichi und Mauro Metaki ist nach der Woche in Genf klar: Der Dialog zwischen den zuständigen staatlichen

Stellen und den lokalen Gemeinschaften muss gefördert und es muss gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Es braucht Schulen, welche die kulturelle Identität der Indigenen respektieren, und die Gesundheitsversorgung muss verbessert werden.

Der Manu-Park ist kein Einzelfall

Beim Nationalpark Manú handelt es sich nicht um einen Einzelfall: Die Uno-Sonderbeauftragte für Indigenenrechte, Victoria Tauli-Corpuz, stellte in einem Bericht letztes Jahr fest, dass Missachtung von Indigenenrechten aus Umweltschutzgründen ein globales Phänomen ist. Jedoch ist angesichts der akuten Bedrohung durch Bergbauprojekte, Staudämme, illegaler Abholzung und Drogenhandel eine starke Allianz zwischen Indigenen und Umweltschutzvertretern die einzige Lösung, um den Amazonas und wertvolle menschliche Lebensräume vor solchen Eingriffen zu schützen. Der Umweltschutz muss dabei auf den Bedürfnissen und Rechten der Indigenen basieren.

Text: Tabea Willi, Praktikantin und Julia Büsser, Kampagnenleiterin Wirtschaft und Indigenenrechte



Foto: ©Vanessa Salamanca, GfbV

Die beiden peruanischen Delegierten Mauro Metaki (links) und Julio Cusurichi (rechts) vor dem Palais des Nations in Genf.



UNO-EXPERTENMECHANISMUS FÜR INDIGENENRECHTE (EMRIP)

Der «Expert Mechanism on the Right of Indigenous Peoples» (EMRIP) ist an den Uno-Menschenrechtsrat angegliedert. Er unterstützt Staaten bei der Umsetzung der Uno-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker. Der Expertenmechanismus besteht aus sieben unabhängigen Experten für Indigenenrechte. Während den jährlichen Sessionen kommen Staatsvertretungen, Indigene, Indigenenorganisationen, Vertreter der Zivilgesellschaft und andere Akteure zusammen.

NEWS

Mitrovica / Kosovo: UNO-Generalsekretär verweigert moralische Verantwortung gegenüber bleivergifteten Roma

Im April 2016 erklärte ein interner Menschenrechtsausschuss die internationale Verwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) verantwortlich für den unzureichenden Schutz und die fahrlässige Behandlung von Angehörigen der Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern während ihres Aufenthaltes im Flüchtlingslager für Binnenvertriebene in Nord-Mitrovica. Nach gewaltsamer Vertreibung aus Süd-Mitrovica 1999 waren rund 600 Betroffene im provisorischen Lager auf einem bleiverseuchten Boden untergekommen. Die UNMIK wurde nach dieser Stellungnahme um eine öffentliche Entschuldigung gebeten. Darüber hinaus wurde empfohlen, den 138 Roma, Aschkali und Ägyptern, die geklagt hatten, materielle und moralische Entschädigung zukommen zu lassen.

Kritisierte Uno-Entscheidung

Statt dieser Empfehlung zu folgen, entschied Uno-Generalsekretär António Guterres nun diesen Mai, einen Hilfsfonds zu gründen, um die Roma aus Mitrovica wirtschaftlich und medizinisch zu unterstützen. Dieser Entscheid verstösst gegen die Uno-Grundsatzerklärung für die Opfer von Straftaten und Machtmissbrauch, da er weder eine ausreichende Entschädigung für die Betroffenen noch eine öffentliche Entschuldigung beinhaltet. Dieser Rückzieher vermittelt zusätzlich den Eindruck, dass Roma sogar innerhalb der Uno struktureller Diskriminierung ausgesetzt sind. Die GfbV hat zusammen mit Diane Post, der Anwältin der betroffenen Roma sowie Bashkim Ibishi, dem Vertreter der Roma-Zivilgesellschaft und dem European Roma Rights Centre bei Generalsekretär Guterres protestiert und ein Treffen verlangt. Die Antwort ist ausstehend.

Text: Angela Mattli, Kampagnenleiterin Minderheiten und Diskriminierung



«Um die Lebensqualität der Städter zu verbessern, müssen immer mehr Rohstoffe gestohlen werden»



Foto: ©Christoph Wiedmer, GfbV

Davi Kopenava Yanomami in seinem Dorf in Brasilien.

Mit einer Reise nach Europa will eine brasilianische Indigenen-Delegation aus dem Amazonas auf die Abholzung des Regenwaldes aufmerksam machen. Der bekannte Häuptling Davi Kopenava Yanomami gibt Auskunft.

Davi Yanomami, warum nimmst Du an der Reise der Yanomami und der Surui teil?

Meine Reise in die andere Welt hat zum Ziel, Unterstützung für meinen Kampf für das Volk der Yanomami in Brasilien zu erhalten. Denn bei uns dringen Gesellschaft und Regierung in das Territorium der Yanomami ein. Deshalb gehe ich so weit weg von meinem Dorf, um mit anderen Regierungen, Akteuren und an der UNO unsere Situation zu diskutieren und Respekt für unsere Rechte einzufordern.

Welches sind die Hauptprobleme der Yanomami?

Das Hauptproblem liegt im Fortschritt der Städter. Dieser gefährdet die indigenen Territorien, wo die Yanomami leben. Die Goldwäscher zerstören unseren Wald und verschmutzen unsere Flüsse. Mit ihnen kommen Krankheiten und Gewalt. Wir haben auch grosse Probleme mit Holzfällern, Fischern, Jägern und sogar Menschen, die Biopiraterie betreiben. Unseren Leuten wurde schon Blut gestohlen und in fremden Ländern analysiert.

Was muss sich verbessern?

Für die Indigenen ist es schwierig, die Lebensqualität zu verbessern, solange die Regierung unsere Rechte nicht respektiert. Die Regierung muss das Eindringen vor allem der Goldwäscher stoppen, und unsere Territorien müssen respektiert werden. Wir erwarten von der UNO, dass sie aktiv wird, mit der Regierung von Brasilien spricht und unseren Einsatz für unsere Rechte unterstützt.

Du erhältst auf Deinen Reisen einen Eindruck über unsere Lebensweise, der sogenannten Zivilisation. Wie nimmst Du diese wahr?

Ich erlebe die Zivilisation als eine Verwilderung des Stadtlebens. Um die Lebensqualität der Stadtmenschen zu verbessern, müssen dem Boden immer mehr natürliche Ressourcen gestohlen werden. Daraus werden immer mehr Häuser, Autos, Strassen, Fahrzeuge und Waren gemacht. Das Geld ist die Priorität der Leute aus der Stadt. Aber wenn der Kapitalist in die Dunkelheit abtaucht, kann er es nicht mitnehmen. Um unsere Erde zu retten, brauchen wir den Respekt der Weissen. Es ist ja auch die Erde der Weissen.

Was erwartest Du von der GfbV?

Wir sind Partner. Ihr seid eine Organisation, die unseren Kampf unterstützt. Wir wollen, dass Ihr die Bilder von unserem Dorf zeigt, den Leuten deutlich macht, wie wichtig unser Kampf ist. Die GfbV soll helfen, dass unsere Situation und unsere Forderungen in der Schweiz und in der ganzen Welt gehört werden, damit wir respektiert werden.

Interview: Christoph Wiedmer, Co-Geschäftsleiter GfbV



EINE BEGLEITETE REISE

Im Amazonas-Regenwald leben unzählige indigene Völker wie etwa die Yanomami und die Surui, aber ihre Lebensgrundlagen sind bedroht, weil immer mehr Goldwäscher und Holzfäller in ihre Reservate eindringen. Die brasilianische Regierung will derzeit die Schutzgebiete der Indigenen reduzieren und für die industrielle Nutzung öffnen. Zwischen Juli und Oktober reist eine indigene Delegation in die USA und durch Europa, um ihre Rechte einzufordern. Der Filmmacher Daniel Schweizer dokumentiert die von der GfbV unterstützte Reise. Co-Geschäftsleiter Christoph Wiedmer hat die Yanomami-Delegation aus ihrer Heimat nach Genf begleitet.

Blog: www.amazonas.gfbv-schweiz.ch